

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/90

Bad Godesberg, den 16. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Die Wandlung

45

Umdenken lohnt sich

2

Als Ratgeber nicht geeignet

29

Zur Kritik Erhards am Bundeswirtschaftsminister Schiller

3 - 4 In Prag: Sorgen um das wirtschaftliche Gleichgewicht 83

CSSR-Planungschef Cernik spricht von einem "Druck der Marktkräfte"  
und von "bedenkenloser Schließung leistungsschwacher Betriebe"

\* + \*

SELBSTBESTIMMUNG UND SINGLIEDERUNG bringt heute:

Wenn beide Völker frei zustimmen können

Wenzel-Jaksch-Platz

Die Bundespost stellt richtig

Jüdischer Friedhof in Breslau nicht mehr zugänglich

Die meisten Urlauber Deutsche

Monographie über Wolfgang von Websky

In memoriam Max Lippmann

## Die Wandlung

### Umdenken lohnt sich

sp - In der Zeit vor der Großen Koalition wäre dies unfaßbar und undenkbar gewesen: Das Bundeskabinett beschäftigt sich mit einem Brief von ein gewichtiger Mann aus dem anderen Teil Deutschlands, immerhin der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, an den Bundeskanzler gerichtet hat. In früheren Zeiten erhielt der Absender aus Ostberlin sein Schreiben ungeöffnet zurück. Diesmal nicht. Die Bundesregierung ist zum Dialog bereit. Das ist eine große Sache.

Wir stehen vor dem Anfang eines Weges, von dem niemand mit Sicherheit sagen kann, ob er das Ziel, die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands, erreichen wird. Zuviel Unwägbarkeiten sind gegeben. Aber wir müssen diesen Weg beschreiten; es gibt keine andere Möglichkeit, als die der ständigen Suche nach einem geregelten und qualifizierten Nebeneinander beider Teile Deutschlands. Von uns allein hängt es ab, von unserer Energie, von unserer Ausdauer und von unserer Weitsicht, diesen Weg von allen Hindernissen freizuschneiden. Hier darf es keine Ermüdungserscheinungen geben.

Der Kalte Krieg in Europa neigt sich dem Ende zu. Franzosen und Amerikaner und auch unsere anderen westlichen Verbündeten sehen im Vergleich mit der Sowjetunion eine der Chancen, Europa und der Welt die Tragödie eines kriegerischen Zusammenstoßes zu ersparen. Dazwischen steht die deutsche Frage. Sollten Deutsche wiederum Anlaß geben, das Friedensbedürfnis und die Sehnsucht nach einer für alle gesicherten Friedensordnung zu stören?

Diese Frage stellt sich auch an die deutschen Kommunisten und an die Sowjetunion. Moskau hat es bisher vermieden, die Spaltung Deutschlands juristisch festzulegen. In den Verträgen, die Ostberlin mit den Ostblockstaaten traf, ist eine Revisionsklausel enthalten, die besagt, daß diese für zwanzig Jahre abgeschlossenen Abkommen geändert werden sollen, wenn sich neue Entwicklungen anzeigen. Das besagt doch: Selbst die vom Dritten Reich furchtbar behandelten Völker können sich nicht mit dem Gedanken befreunden, das deutsche Volk ließe sich für die Dauer teilen. Auch die deutschen Kommunisten werden manche ihrer bisherigen Positionen aufgeben müssen, wenn sie vor der Welt bestehen wollen.

Die Bundesrepublik bedrängt niemanden und sie will auch niemanden in Bedrängnis bringen. Sie ist bestrebt, der Welt die Sorge vor innerdeutschen Entwicklungen, die sie beunruhigen könnte, zu nehmen. Sie stellt sich auf ein Nebeneinander mit dem anderen Teil Deutschlands ein, ohne Vorbehalte und nur vom Wunsch beseelt, den Menschen im anderen Teil Deutschlands zu Erleichterungen zu verhelfen.

Diese Aufrichtigkeit der Politik der Großen Koalition nimmt auch kommunistischen, gegen die Bundesrepublik gerichteten Propaganda auf lange Sicht gesehen ihre Brisanz. Also ist das Bemühen um und die Suche nach einem Nebeneinander heute kein Grund mehr zu innerpolitischen Hader. Diese Wandlung hat das Zusammenstehen der demokratischen Parteien in Lebensfragen der Nation ermöglicht.

Als Ratgeber nicht geeignet

Zur Kritik Erhards am Bundeswirtschaftsminister Schiller

sp - Dem ehemaligen Bundeskanzler und langjährigen Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard geht die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition wider den Strich. In einem Artikel im Münchner MERKUR reagierte er seinen Ärger ab. Ihm gefällt Bundeswirtschaftsminister Schiller und seine ganze Richtung nicht. Daß Schiller den Rat von Sachverständigen achtet und ihn nicht in den Wind schlägt, macht er, Erhard, ihm nun zum Vorwurf. Besser wäre es für die deutsche Wirtschaft gewesen, meinte der Professor für Wirtschaftswissenschaften, wenn man die meist pessimistischen oder gar negativen Weisheiten des Sachverständigenrates der deutschen Wirtschaftlichkeit verschwiegen hätte. Ferner beklagte Erhard "die künstlich genährte Untergangsstimmung" und das "nutzlose Gerede", das nur geeignet sei, die Auftriebskräfte der Wirtschaft zu lähmen.

Das sind erstaunliche Äußerungen eines Mannes, der als Bundeskanzler eine schwere Erbschaft hinterließ, an der wir noch alle lange zu tragen haben werden. Unter seiner Verantwortung entstanden die Milliardendefizite im Haushalt, vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung zur Talsohle hin, entwickelten sich die Strukturprobleme an Rhein und Ruhr zum Sorgenkind Nummer eins. Erhard ließ die Dinge treiben, er vertraute allzu stark auf einen Heilungsprozess, der aus der Wirtschaft selbst kommen sollte. Die Folgen von Führungslosigkeit und von Mangel an Einsicht in ökonomischen Notwendigkeiten bekamen Volk und Staat zu spüren.

Die Rolle eines Zensors der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik kommt Erhard nicht zu. Zuviel hat er verschludern lassen als daß er sich nun als warnender Ratgeber empfehlen könnte. Andere müssen die Lasten abtragen, die er hinterließ, und die Wege freimachen, die zu einem gesicherten Wachstum der Wirtschaft führen. Erhards Zeit ist um.

In Prag: Sorgen um das wirtschaftliche Gleichgewicht

CSSR-Planungschef Cernik spricht von einem "Druck der Marktkräfte" und von "bedenkenloser Schließung leistungsschwacher Betriebe"

B. - In aller Offenheit hat der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, der stellvertretende Ministerpräsident Cernik, die Schritte dargelegt, die die Regierung in Prag zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Wirtschaft der CSSR für erforderlich hält: Preissteigerungen und die Schließung unrentabler Betriebe, verbunden mit unvermeidlichen Härten für die Bevölkerung, aber auch soziale Maßnahmen und eine anti-inflationäre Wirtschaftspolitik.

Nach einem Bericht, den die amtliche tschechoslowakische Nachrichtenagentur CETEKA am 4. Mai veröffentlichte, ist es nicht mehr durchzuhalten, daß "die Einzelhandelspreise vieler Produkte niedriger sind als die Großhandelspreise". Cernik kündigte an, daß jetzt zuweilen "plötzliche Bewegungen bei den Einzelhandelspreisen auf-treten". Wenn dies eintrete, dann könne man natürlich nicht jedem Einzelnen eine Entschädigung zahlen. Als Voraussetzung für die neue Preispolitik nannte Cernik einen schnelleren Anstieg der Löhne, soziale Maßnahmen und eine "konsequent die Inflation bekämpfende Einkommenspolitik". Das bedeute eine Frontstellung gegen ein übermäßiges Ansteigen der Akkumulation in den Betrieben, gegen ein übermäßig starkes Ansteigen der Importe und der Auslandskredite für den normalen inländischen Konsum, das erfordere aber auch eine "konsequente restriktive Politik hinsichtlich des Budgets, der staatlichen Investitionen und der Kredite".

Wörtlich hat der Chef der Prager Planungskommission erklärt: "Die Betriebe müssen in einer wirtschaftlichen Situation, in der der Druck der Marktkräfte und ihre grundlegende Ausrichtung auf eine Senkung von Kosten und Preisen und nicht auf eine Produktionserhöhung der Hauptfaktor bilden. Insbesondere hinsichtlich der Investitionen, eine anti-inflationäre Politik betreiben. Die gegenwärtige Lage wird durch die Tatsache kompliziert, daß das alte System der Wirtschaftsführung nicht länger in Kraft ist, jedoch noch immer eine Rolle spielt, während das neue System in Kraft ist, jedoch noch weit davon entfernt, wirksam zu sein."

Daß es über den neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik der CSSR nicht nur unterschiedliche Auffassungen, sondern harte Differenzen gegeben hat und weiter gehen wird, wurde von Cernik unumwunden zugegeben: "Die Vorbereitungszeit für das neue System, in der es zu scharfen Meinungsverschiedenheiten kam, war nicht so schwierig, wie es der nächste Zeitabschnitt sein wird, in dem die unmittelbaren finanziellen Interessen aufeinanderstoßen werden."

Widerholt versicherte Cernik, daß die Wiederherstellung des

wirtschaftlichen Gleichgewichts nicht auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung geschehen werde. Aber ebenso klar stellte er auch heraus, mit welchen Maßnahmen Betriebe und Arbeiter rechnen müssen wenn der neue Kurs realisiert wird: "Leistungsschwache Betriebe müssen bedenkenlos geschlossen werden. Das wird natürlich zur Entlassung von Arbeitskräften führen, die in anderen Wirtschaftssektoren untergebracht werden müssen. An einigen Orten könnten sich bei der Schließung leistungsschwacher Betriebe unerwünschte soziale Folgen für die entlassenen Arbeiter ergeben; wenn man jedoch zögert, solche Fabriken zu schließen, so würde ein niedriges technisches Produktionsniveau verewigt werden. Natürlich muß der Prozeß struktureller Veränderungen in der tschechoslowakischen Wirtschaft nicht nur mit einem Mindestmaß an wirtschaftlichen, sondern auch mit einem Minimum an sozialen Einbußen vor sich gehen. Entlassene Arbeiter müssen während der Umschulung und solange, bis sie eine andere Arbeit finden, in den Genuß von Sozialunterstützung und finanziellen Beihilfen kommen."

Auf einer Pressekonferenz hat Planungschef Cernik seine Darlegungen noch auf einigen Gebieten präzisiert. Der Schlüssel zu den Änderungen in der Struktur der Volkswirtschaft liege in der neuen Lösung der Brennstoff- und Energieprobleme, denn "wir werden allmählich die Kohlen durch gasförmige und flüssige Brennstoffe ersetzen". Darum werde in den nächsten Jahren die Kohlenförderung verringert, deshalb komme es zu einem Absinken der Zahl der Bergarbeiter. Da im Sektor der Dienstleistungen, im Handel und der Bauwirtschaft Arbeitskräfte fehlten, ständen aber neue Arbeitsplätze zur Verfügung.

Die Offenheit, wie Cernik die Probleme der Volkswirtschaft der CSSR darlegte, ist bemerkenswert. Nicht minder bemerkenswert ist es aber auch, daß die Presse im anderen Teil Deutschlands den beachtlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgängen in Nachbarland kaum Beachtung schenkte und vor allem darauf verzichtete, die wichtigsten Ankündigungen von Planungschef Cernik sinngemäß zu veröffentlichen.

Der Grund liegt auf der Hand: die kommunistischen Zeitungen im anderen Teil Deutschlands können nicht von "bedenkenlosen" Schließungen unrentabler Betriebe und von anstehenden Zuckerattillagen in der befreundeten CSSR berichten, weil die SED-Organe, vor allem aber auch die ostzonalen Rundfunk- und Fernsehsender, die strukturellen und die wirtschaftspolitischen Probleme der Bundesrepublik Tag für Tag propagandistisch ausschlechten, um die Überlegenheit des kommunistischen Staatssozialismus darzutun.

# FEHLANZEIGE

JAHRGANG

22

ZEITUNGSNUMMER

90

DATUM

16. 05. 1967

Seite 5 fehlt ✓

